

Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



Sekretariat der Staatspolitischen
Kommissionen
CH-3003 Bern
Tel. 058 322 99 44/45
Fax 058 322 96 54
www.parlament.ch
spk.cip@parl.admin.ch

Die Staatspolitische Kommission des Nationalrates in der 49. Legislaturperiode 2011 - 2015

26.11.2015 GM

Inhaltsübersicht

- 1 Auftrag
- 2 Behandelte Geschäfte in der 49. Legislaturperiode 2011 – 2015
- 3 Zusammensetzung der Kommission, Subkommissionen
- 4 Zeitaufwand der Kommission
- 5 Ausblick: wichtige Themen der 50. Legislaturperiode 2015 – 2019 im Zuständigkeitsbereich der Staatspolitischen Kommission (soweit z.Zt. voraussehbar)

1 Auftrag

Gemäss Artikel 44 Absatz 1 des Parlamentsgesetzes haben die Sachbereichskommissionen folgenden Auftrag:

- a. Sie beraten die ihnen zugewiesenen Geschäfte zuhanden ihres Rates vor.
- b. Sie beraten und entscheiden über die ihnen vom Gesetz zur abschliessenden Beratung zugewiesenen Geschäfte.
- c. Sie verfolgen die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in ihren Zuständigkeitsbereichen.
- d. Sie arbeiten Vorschläge in ihren Zuständigkeitsbereichen aus.
- e. Sie sorgen für die Wirksamkeitsüberprüfung in ihren Zuständigkeitsbereichen. Sie unterbreiten den zuständigen Organen der Bundesversammlung entsprechende Anträge oder erteilen dem Bundesrat entsprechende Aufträge.
- f. Sie berücksichtigen die Resultate von Wirksamkeitsüberprüfungen.

Das Büro des Nationalrates hat der SPK folgende Sachbereiche zugewiesen: Bundesversammlung und Bundesrat; Gewaltenteilung (Kompetenzverteilung zwischen den Bundesbehörden); Bundesverwaltung und Bundespersonal; Beziehungen zwischen Bund und Kantonen (allg. und institutionelle Fragen, Gewährleistung der kantonalen Verfassungen), politische Rechte; Rolle des Staates bei der Meinungsbildung; Bürgerrecht; Ausweisschriften; Ausländerrecht; Asylrecht; Datenschutz; Bundesstatistik; Beziehungen zwischen Staat und Religion.

2 Behandelte Geschäfte der 49. Legislaturperiode 2011 - 2015

21 Statistischer Überblick

Die Staatspolitische Kommission des Nationalrates hat insgesamt 201 Geschäfte vorberaten. Diese Geschäfte teilen sich in folgende Kategorien auf (in Klammern: Vergleichszahlen 48. Legislaturperiode 2007-2011):

	Geschäftstyp	Anzahl	Verhältniszahlen
a.	Volksinitiativen	4 (3)	
b.	Erlassentwürfe des Bundesrates	21 (22)	
c.	Berichte des Bundesrates	20 (4)	
d.	Mitberichte an andere Kommissionen	1 (2)	
e.	Konsultationen zu Verordnungs-entwürfen des Bundesrates	8 (10)	
f.	Vorprüfungen von parlamentarischen Initiativen	59 (118)	Folge gegeben 22 / Keine Folge gegeben 31 Rückzug 6
g.	Stellungnahmen zu positiven Vorprüfungen der Schwesterkommission	5 (3)	Zustimmung 2 Ablehnung 3
h.	Vorprüfungen von Standesinitiativen	12 (11)	Folge gegeben 0 / Keine Folge gegeben 12
i.	Ausarbeitung einer Vorlage (pa.lv. / Kt. lv. 2. Phase)	17 (16)	Annahme 11 ¹ / Abschreibung 4 / Rückzug 2
j.	Vorlagen des anderen Rates (von einer Kommission des anderen Rates ausgearbeitete pa. lv.)	2 (2)	Annahme 2
k.	Kommissions-Vorstösse	11 (8)	Motionen 6 / Postulate 5
l.	Motionen des anderen Rates	1 (10)	Angenommen 1
m.	Petitionen	16 (13)	Folge gegeben (Po. eingereicht)

¹ Weil verschiedene pa.lv. mit *einem* Erlassentwurf umgesetzt wurden, handelt es sich nur um 5 Vorlagen. 2007-2011 waren es 11 Erlassentwürfe.

			1 / keine Folge gegeben 10 / mit anderem Geschäft behandelt 5
n.	Interne Geschäfte	23 (19)	
o.	Spezialfälle	2	Aussenpolitische Konsultationen: zu Verhandlungsmandat 1 / zu vorläufiger Anwendung eines Staatsvertrags 1
	Total	201 (241)	

22 Erlassentwürfe des Bundesrates und des anderen Rates, Volksinitiativen

Die wichtigsten Vorlagen:

- [10.052](#) s Asylgesetz. Änderung
- [10.440](#) s Pa.Iv. SPK-SR. Verbesserungen der Organisation und der Verfahren des Parlamentes
- [11.022](#) n Bürgerrechtsgesetz. Totalrevision
- [11.049](#) s Bundespersonalgesetz. Änderung
- [11.446](#) s Pa.Iv. Lombardi. Für ein Auslandschweizergesetz
- [12.056](#) s Volkswahl des Bundesrates. Volksinitiative
- [12.098](#) n Gegen Masseneinwanderung. Volksinitiative
- [13.056](#) n StGB und MStG. Ausschaffung krimineller Ausländer
- [13.086](#) s Stopp der Überbevölkerung - zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen. Volksinitiative
- [13.091](#) n Zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer (Durchsetzungsinitiative). Volksinitiative
- [14.063](#) s Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs

Eine inhaltliche Zusammenfassung der Botschaft bzw. des Berichts und der Beratungen findet sich in Curia Vista (Link oben).

Während in der vorangehenden Legislaturperiode 2007-2011 nur wenige und politisch weniger bedeutsame Vorlagen des Bundesrates auf den Tagesordnungen der SPK-Sitzungen standen (dafür umso mehr parlamentarische Initiativen), beschäftigte sich die SPK in der Legislaturperiode 2011-2015 zur Hauptsache mit wichtigen und teilweise umfangreichen Vorlagen des Bundesrates im Bereich des Ausländer- und Asylrechts – ähnlich wie in der vorletzten Legislaturperiode 2003-2007.

Über drei von der SPK vorberatene Geschäfte haben Volk und Stände abgestimmt, einmal ([12.098](#) n Gegen Masseneinwanderung. Volksinitiative) entgegen und zweimal ([12.056](#) n Gegen Masseneinwanderung. Volksinitiative; [13.086](#) s Stopp der Überbevölkerung - zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen. Volksinitiative) gemäss Abstimmungsempfehlung der Bundesversammlung. Über weitere SPK-

Geschäfte wird in der kommenden Legislaturperiode eine Volksabstimmung stattfinden: Über [13.091](#) n Zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer (Durchsetzungsinitiative). Volksinitiative, und, sofern das Referendum zustande kommt, über [14.063](#) s Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs.

23 Ausarbeitung einer Vorlage

Die SPK-NR hat ihrem Rat in Umsetzung von parlamentarischen Initiativen die folgenden Erlassentwürfe unterbreitet:

- [08.432](#) n Pa.Iv. Marra. Die Schweiz muss ihre Kinder anerkennen
- [10.511](#) n Pa.Iv. Leutenegger Oberholzer. Einschränkung von Mandaten von ehemaligen Bundesräten und Bundesrätinnen / [10.517](#) n Pa.Iv. Binder. Karenzfrist bei Mandaten und Funktionen für ehemalige Bundesräte
- [12.427](#) n Pa.Iv. Fraktion V. Legislaturplanungsbericht / [12.432](#) n Pa.Iv. Fraktion CE. Regierungs- statt Legislaturprogramm
- [13.418](#) / [13.419](#) / [13.420](#) / [13.421](#) / [13.422](#) n Pa.Iv. Fraktion GL/BD/G/S/Fiala. Gleichstellung der eingetragenen Partnerschaft und der Ehe im Einbürgerungsverfahren
- [15.474](#) n Pa.Iv. SPK-NR. Verfahren der Legislaturplanung

Eine inhaltliche Zusammenfassung des Berichts und der Beratungen findet sich in Curia Vista (Link oben).

Parlamentarische Initiativen haben die SPK in der Legislaturperiode 2011-2015 erheblich weniger beschäftigt als in früheren Perioden. Auch die Anzahl der Vorprüfungen hat sich gegenüber der Vorperiode halbiert. Am Ende der Legislaturperiode enthält die Liste der hängigen Geschäfte in der SPK-NR die Rekordzahl von 37 parlamentarischen Initiativen – das Pendel wird also wieder in die andere Richtung ausschlagen.

24 Übrige Aktivitäten

Ausserhalb der von den Ratsbüros zugewiesenen Geschäfte behandelte die SPK verschiedene aktuelle Probleme aus ihrem Zuständigkeitsbereich, so z.B. Aktualitäten aus dem Bereich des Asylrechts (Verhaftung von nach Sri Lanka ausgeschafften Asylbewerbern, Fall der syrischen Flüchtlingsfrau im Transit zwischen Brig und Vallorbe, Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer). Zweimal hat sich die Kommission mit der bevorstehenden Umsetzung der Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ befasst. Die Subkommission „SPK/CIP 12-04 Auslegeordnung im Asylbereich“ hat während zwei Jahren die Vorarbeiten für die Vorlage [14.063](#) (Neustrukturierung des Asylbereichs) intensiv begleitet. In diesem Rahmen hat die Kommission erstmals seit ihrem Bestehen eine Informationsreise ins Ausland (Asylverfahrenszentrum in Ter Apel in den Niederlanden) durchgeführt.

Erstmals seit 1994 hat die Kommission Konsultationen zu aussenpolitischen Vorhaben des Bundesrates gemäss Art. 152 ParlG durchgeführt (zum Verhandlungsmandat für die Anpassung des Freizügigkeitsabkommens mit der EU sowie zur vorläufigen Anwendung eines Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EU zur Weiterentwicklung des Dublin-Vertrags).

3 Zusammensetzung der Kommission, Subkommissionen

31 Präsidium

- Präsident Wintersession 2011 - Wintersession 2013: Leuenberger Ueli
- Vizepräsident Wintersession 2011 – Wintersession 2013: Tschümperlin
- Präsident Wintersession 2013 - Wintersession 2015: Amarelle
- Vizepräsident Wintersession 2013 – Wintersession 2015: Brand

32 Mitglieder der Kommission

- Zusammensetzung der Kommission ab Wintersession 2011: Amarelle, Bäumle, Blocher, Brand, Bugnon, Fehr Hans, Fluri, Glättli, Gross Andreas, Heim, Humbel, Joder, Landolt, Leuenberger, Moret, Müller Philipp, Pantani, Perrin, Pfister, Ribaux, Romano, Schenker Silvia, Streiff, Tschäppät, Tschümperlin
- Rücktritte und neue Mitglieder seit der Wintersession 2011:
Rutz ersetzt Blocher ab Wintersession 2012
Masshardt ersetzt Tschäppät ab Frühlingssession 2013
Amaudruz ersetzt Perrin ab Herbstsession 2013
Schneeberger ersetzt Ribaux ab Herbstsession 2013

33 Subkommissionen

Die Kommission hat folgende Subkommissionen gebildet:

- Subkommission „Regierungsreform ([01.080](#))“, Mitglieder: *Fluri*, Amarelle, Brand, Bugnon, Gross Andreas, Joder, Perrin, Pfister Gerhard (Wintersession 2011 – Sommersession 2012)
- Subkommission „SPK/CIP 12-04 Auslegeordnung im Asylbereich“, Mitglieder: *Pfister Gerhard*, Amarelle, Blocher, Brand, Glättli, Müller Philipp, Pantani, Romano, Tschäppät, Tschümperlin (Wintersession 2011 – Wintersession 2013)
Fehr Hans ersetzt Blocher ab Wintersession 2012
Fluri ersetzt Müller Philipp ab Wintersession 2012
Schenker ersetzt Tschäppät ab Herbstsession 2013
- Subkommission „[10.440](#) Pa.Iv. Verbesserungen der Organisation und der Verfahren des Parlaments“, Mitglieder: *Heim*, Bugnon, Humbel, Joder, Moret,

Perrin, Pfister Gerhard, Schenker Silvia, Tschümperlin (Wintersession 2011 – Sommersession 2012)

4 Zeitaufwand der Kommission

41 Kommission

Die insgesamt 32 Sitzungen (ohne Sitzungen während der Sessionen) haben 61 *Sitzungstage* beansprucht. Diese Sitzungen dauerten insgesamt 282.75 Stunden (knapp 4 $\frac{3}{4}$ Stunden pro Sitzungstag).

Zum Vergleich: 2007-2011: 33 Sitzungen, 59 Sitzungstage, 238.75 Sitzungsstunden

42 Subkommissionen

Die insgesamt 13 Sitzungen der Subkommissionen (ohne Sitzungen während der Sessionen) haben 13 *Sitzungstage* beansprucht. Diese Sitzungen dauerten insgesamt 37.25 Stunden (gut 2 $\frac{3}{4}$ Stunden pro Sitzungstag).

Subkommission „Regierungsreform ([01.080](#))“:

Die insgesamt 2 Sitzungen haben 2 Sitzungstage beansprucht. Diese Sitzungen dauerten insgesamt 4.25 Stunden (gut 2 Stunden pro Sitzungstag).

Subkommission „SPK/CIP 12-04 Auslegeordnung im Asylbereich“:

Die insgesamt 7 Sitzungen haben 7 Sitzungstage beansprucht. Diese Sitzungen dauerten insgesamt 20.5 Stunden (knapp 3 Stunden pro Sitzungstag).

Subkommission „[10.440](#) Pa.Iv. Verbesserungen der Organisation und Verfahren des Parlaments“:

Die insgesamt 4 Sitzungen haben 4 Sitzungstage beansprucht. Diese Sitzungen dauerten insgesamt 12.5 Stunden (gut 3 Stunden pro Sitzungstag).

5 Ausblick

Wichtige Themen in der 50. Legislaturperiode 2015-2019 im Zuständigkeitsbereich der Staatspolitischen Kommission, soweit zurzeit voraussehbar:

- Verschiedene Änderungen des Parlamentsrechts (insb. betreffend Offenlegungspflichten und Lobbyismus)
- Überprüfung der Kriterien für die Gültigkeit von Volksinitiativen
- [13.443](#) n Pa.Iv. SPK-NR. Angemessene Vertretung der Sprachgemeinschaften in einem Bundesrat mit neun Mitgliedern

- Umsetzung der neuen Verfassungsbestimmung Artikel 121a BV (Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“)
- Eidgenössische Volksinitiative 'Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf die Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten'
- Änderung des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer. Massnahmen zur Vermeidung von Missbräuchen bei der Personenfreizügigkeit
- [13.030](#) s Ausländergesetz. Änderung. Integration - Neue Vorschläge des Bundesrates gemäss dem mit Rückweisung durch die Räte erteilten Auftrag
- Verhüllungsverbot
- Öffentlichkeitsgesetz. Teilrevision
- Datenschutzgesetz